

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (11. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Helga Daub,
Dr. Werner Hoyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/4178 –**

Wehrpflicht aussetzen – Freiwilligen, militärischen Kurzdienst einführen

A. Problem

Im Interesse einer konsequenten und tragfähigen Bundeswehrtransformation soll die Allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt werden, stattdessen ein freiwilliger und flexibler Kurzdienst von 12 bis 24 Monaten eingeführt und der Übergang zur Freiwilligenarmee effizient, bündniskompatibel, friedensfördernd, demokratisch und sozial verträglich gestaltet werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 15/4178 abzulehnen.

Berlin, den 15. Juni 2005

Der Verteidigungsausschuss

Ulrike Merten
Vorsitzende

Dr. Hans-Peter Bartels
Berichterstatter

Christian Schmidt (Fürth)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Hans-Peter Bartels und Christian Schmidt (Fürth)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/4178 in seiner 151. Sitzung am 20. Januar 2005 beraten und an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/4178 in seiner 65. Sitzung am 15. Juni 2005 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat auf eine Mitberatung verzichtet.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 15/4178 in seiner 59. Sitzung am 15. Juni 2005 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/4178 in seiner 61. Sitzung am 15. Juni 2005 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Seitens der **Fraktion der SPD** wurde deutlich gemacht, dass man sich des Themas bereits mehrfach im Ausschuss angenommen habe. Die Forderung, die Wehrpflicht auszusetzen und durch einen freiwilligen, militärischen Kurzdienst zu ersetzen, lehne man ab. Soweit es um die Zukunft der Wehrpflicht gehe, teile man die Aussage in den Verteidigungs-

politischen Richtlinien des Bundesministers der Verteidigung, dass die Wehrpflicht in weiterentwickelter Form Grundlage für die Bundeswehr in der Transformation sein solle. Für die SPD heiße Weiterentwicklung nicht Aussetzung, sondern heiße, die Wehrpflicht an die heutigen Einsatzerfordernisse anzupassen. Die Wehrpflicht habe sich bewährt, zumal bei der Rekrutierung des Personals die ganze Bandbreite der Gesellschaft einbezogen werde; im Übrigen hätten die Erfahrungen der Bündnispartner in Europa gezeigt, dass eine Freiwilligenarmee nicht kostengünstiger sei.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, dass man sich dem Bemühen der FDP, einen freiwilligen, militärischen Kurzdienst und die Notwendigkeit der Personalrekrutierung bei der Bundeswehr in Einklang zu bringen, nicht anschließen könne. Nach wie vor sehe man die Notwendigkeit für die Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht.

Aus Sicht der Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird betont, dass man einen freiwilligen, flexiblen Kurzdienst begrüßen würde, da er eine konsequente Fortsetzung dessen darstelle, was man an Förderung der Freiwilligkeit in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Bundeswehr erlebt habe. Es gehe aber nicht um einzelne Maßnahmen, sondern um die verantwortliche Gestaltung eines schwierigen Übergangsprozesses, der im Kontext von verschiedenen anderen Maßnahmen zu sehen sei. Zustimmung könne man dem Antrag aber dennoch nicht, da man in der Koalition eine entsprechende Verabredung habe und die SPD im November 2005 diese Frage auf ihrem Parteitag behandeln werde.

Aus Sicht der **Fraktion der FDP** wurde deutlich gemacht, dass es seit Jahren ein umfassendes Konzept der FDP zur Reform der Bundeswehr gebe. Es gehe nicht nur um eine Einzelmaßnahme. Wehrpflicht könne nur außen- und sicherheitspolitisch legitimiert werden. Sekundärbegründungen zur Beibehaltung oder Legitimation der Wehrpflicht hätten vor dem Bundesverfassungsgericht keinen Bestand. Da sich die sicherheitspolitische Lage in den letzten 15 Jahren im konventionellen Bereich verbessert habe, befinde man sich in Übereinstimmung mit dem ehemaligen Bundespräsidenten Dr. Roman Herzog, der sinngemäß gesagt habe, dass ein demokratischer Rechtsstaat immer wieder überprüfen müsse, ob die Legitimation für die Wehrpflicht noch gegeben sei.

Berlin, den 22. Juni 2005

Dr. Hans-Peter Bartels
Berichterstatter

Christian Schmidt (Fürth)
Berichterstatter

